

# Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Erstausgabe: Tagesblatt Rieser,  
Zentral Nr. 20.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen  
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des  
Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptzollamts Meißen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postkonton: Dresden 1539  
Stroßstraße Rieser Nr. 52.

Nr. 11.

Freitag, 13. Januar 1922, abends.

75. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 8.— Mark ohne Postgebühr. Einzelnummer 30 Pf. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 43 mm breite, 8 mm hohe Grundzeile (7 Zeilen) 2.— Mark, Ortspreis 1.75 Mark; getraubener und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, Nachweilungs- und Vermittlungsgebühr 75 Pf. Stelle Karte. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Achtung! Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Ronger & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Poststraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Schmel, Rieser; für Anzeigenteil: Wilhelm Dietrich, Rieser.

Die Wahlen der Vertrauensmänner und Erfahrmänner für die Angestelltenversicherung im Bezirke der Amtshauptmannschaft Großenhain haben folgendes Ergebnis gehabt:

a) Arbeitgeber:

Carl Rat Lommach, Gutsbesitzer, Bismark  
Mittergutsachter Emil Biehl, Lauterbach  
Ernst Grellich, Mittergutsbesitzer, Streun  
Berbert Schumann, Freigutsbesitzer, Kolkwitz  
Oswin Grunig, Gutsbesitzer, Gröba  
Frik Kühner, Freigutsbesitzer, Volkersdorf  
Ernst Rudolph, Mittergutsbesitzer, Bromnis  
Otto Kühn, Mittergutsachter, Hödern  
Danz Schaeffer, Mittergutsachter, Jahnshausen

als Vertrauensmänner

als Erfahrmänner

b) Versicherte:

Oskar Wolk, Handlungsgehilfe, Gröba  
Gurt Schöner, Korrespondent, Gröba  
Heinrich Schrader, Werkmeister, Gröba

als Vertrauensmänner

Oswald Kühn, Buchhalter, Gröba  
Paul Ehler, Werkmeister, Rändrich  
Willy Kühler, Geschäftsführer, Radeburg  
Otto Weimann, Handlungsgehilfe, Gröba  
Max Kieleser, Buchhalter in Gröba  
Max Förster, Maurerpolier, Gröba

als 1. Erfahrmänner

als 2. Erfahrmänner

Großenhain, am 12. Januar 1922.

Die Amtshauptmannschaft.

F. A.: Lampe, Regierungs-Meffor, als Wahlleiter.

Abendkursus B in der Karolafchule

findet nicht mehr Dienstag, sondern Donnerstag statt.  
13. 1. 22.

Schuldirektor Danforth.

## Vertikales und Sächsisches.

Rieser, den 13. Januar 1922.

Das neue Sonntagsruhe-Gesetz. Der Sächsische Landtag hat durch Gesetz vom 24. Dezember 1921 das Gesetz, die Sonn-, Fest- und Feiertagsruhe betr., vom 10. September 1870 und die Ausführungsverordnung hierzu vom 10. September 1870 aufgehoben und ein neues Gesetz über Sonntagsruhe am gleichen Tage beschlossen. Nach diesem hat wie bisher an Sonn- und Festtagen jede gewerbliche Arbeit zu ruhen, soweit nicht Arbeiten, mit denen Arbeitnehmer nach den rechtsrechtlichen oder auf Grund des Reichsrechts erlassenen Bestimmungen an diesen Tagen beschäftigt werden dürfen, zulässig sind. Auch dürfen Arbeiter, die vom Arbeitgeber oder Unternehmer selbst in seiner Wohnung oder Arbeitsstätte wohnen und nicht in der Abgabe von Waren an Kunden bestehen, ausgenommen werden. Vorausgesetzt wird dabei aber, daß diese Arbeiter kein Dritte störendes Geräusch verursachen. Reparatur- oder Beschlagsarbeiten, die ohne Ausübung gewerblicher Arbeit für landwirtschaftliche Betriebe geschehen werden und zur erheblichen Beeinträchtigung der Ernte- oder Bestellarbeit beim zur Behebung eines Notstandes sofort vorzunehmen erforderlich sind, erklärt das Gesetz ebenfalls als zulässig. Was den Kleinhandel auf Messen und Märkten betrifft, so ist dieser an einem Sonn- und Festtag nur in der Zeit und nur insoweit gestattet, als es für die in Frage kommenden Waren in den ständigen offenen Verkaufsstellen des betreffenden Ortes für diesen Tag erlaubt ist. Landwirtschaftliche Arbeiten außerhalb der Gehöfte sind an Sonn- und Festtagen verboten. Dringliche Ernte- und Bestellerarbeiten, Verpflegung und Versorgung des Viehes, Notstandsarbeiten, sowie Ausübung des Flug- und Forstschutzes sind indessen zulässig. Die Übernahme aller sonstigen gewerblichen oder landwirtschaftlichen Arbeiten ist verboten, wenn sie störend wirken. Ausnahmen können gestattet werden. Aufständig zur Bewilligung ist die Volkshochschule. Unter dieses grundsätzliche Verbot fallen auch Kundbarkeiten, Schaustellungen, Lustspiele usw., wenn diese vor 11 Uhr vorm. ausgeübt werden oder die Nachbarschaft stören. Unberührt von diesem Verbot bleiben dagegen öffentliche Umzüge, soweit mit ihnen keine Störung verbunden ist. Auch haben den Gottesdienst störende Geräusche in der Nähe von Kirchen usw. während der Zeit des Gottesdienstes zu unterbleiben. Mit dieser Vorschrift soll der rechtsrechtlichen Bestimmung des Paragraphen 135 der Verfassungsurkunde erhöht Rechnung getragen werden, welche ungesetzliche Religionsübung und kirchlichen Schand zu untersagt. Das Sonntagsruhegesetz legt daher in Konsequenz dieser Vorschrift den Polizeibehörden die Verpflichtung auf, die erforderlichen Anordnungen zu treffen, um die Grundrechte zu gewährleisten. Zuwiderhandlungen werden mit Geld oder Haft bestraft.

Entscheidungen aus der Landespolizei. Die Nachrichtenstelle der Sächsischen Staatskanzlei teilt mit: Unter der vorstehenden alarmierenden Überschrift wird in einer Baugener Zeitung allerlei über die Landespolizei behauptet, dessen offensichtliche Unrichtigkeit sich eigentlich ohne weiteres ergeben sollte. So wurde u. a. ausgeführt, daß die Landespolizei zu einem Kampfbund der kommunistischen Partei gemacht werde und dies in enger Fühlung mit dem Ministerpräsidenten geschehe. Es ist selbstverständlich, daß etwaige bezügliche Behauptungen in der Landespolizei nicht gebildet werden würden. Von den Ungehörlichkeiten, die über angebliche heimlich durchgeführte schwere Verhaftung der Landespolizei behauptet werden, ist nur zu hoffen, daß solche Denunziationen auch von den Mitgliedern der Antikommunisten auf Grund der eingehenden Untersuchungen, die sie angestellt haben, in ihrer Unmöglichkeit ohne weiteres durchschaut werden. Die Einrichtung einer selbständigen politischen Polizei liegt nicht in der Absicht der Regierung.

Die Verhandlungen der 11. ordentl. Landessynode, die seit dem 23. November 1921 vertagt war, werden am Dienstag, den 17. Januar vormittags 10 Uhr im Ständehaus zu Dresden wieder beginnen. Der Hauptgegenstand dieser Verhandlungen wird der Entwurf einer neuen Kirchenverfassung für die ev.-luth. Landeskirche Sachsens sein. Der Synode wird der Entwurf sowohl nach dem ursprünglichen Wortlaut des Kirchenregiments, als auch in dem abgeänderten Wortlaut des Verfassungsausschusses vorgelegt. Auf der Tagesordnung für Dienstag, den 17. Januar stehen außer dem Registrandenvortrag alsbaldig zunächst nur „Mitteilungen“.

Die Wahrung des Postgeheimnisses. Die W. A. meldet aus Berlin: In letzter Zeit sind in der Tagespresse Mitteilungen veröffentlicht worden, wonach der Versuch gemacht wird, mit Hilfe des Personals der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung den Post-, Telegraphen-

und Fernsprecheverkehr bestimmter Personen und Behörden zu politischen Zwecken zu überwachen. Nach den Presseberichten soll diese widerrechtliche Überwachung bereits größeren Umfang angenommen haben; es sollen auch bereits Postsendungen vordringend oder dem Postverkahr zu diesem Zweck entzogen worden sein. Die Mitteilungen waren der Postverwaltung schon vor ihrer Veröffentlichung in der Presse bekannt. Die alsbald eingeleitete Untersuchung hat nichts ergeben, was darauf schließen läßt, daß das Post-, Telegraphen- und Fernsprechegeheimnis nicht mehr gefährdet sei. Die Verwaltung hat jedoch ungenügend besondere Vorkehrungen getroffen, um die Wahrung des Post-, Telegraphen- und Fernsprechegeheimnisses sicherzustellen. Ein Grund zur Belorgnis liegt für das Publikum nicht vor.

Eine Anfrage zum Fall Schmitt. Dem Fall Schmitt wird demnächst auch den sächsischen Landtag beschäftigen. Die Deutschnationale Landtagsfraktion hat zu dieser Angelegenheit eine Anfrage an das Ministerium des Innern gerichtet folgenden Wortlaut: „Der Herr Minister des Innern hat in einem im „Staatsanzeiger“ jüngst erschienenen Artikel ausgeführt, durch die Neubestimmung der Leitung der ersten Abteilung des Ministeriums des Innern solle die künftige Personalpolitik freigemacht werden von Familienangehörigen, und es solle den Jährlingen der Aufstieg ermöglicht werden. Wie will die Regierung diese die Ehre eines hochverdienenden und bewährten Beamten, des Ministerialdirektors Dr. Schmitt, verletzende Behauptung beweisen? In welchen Fällen sind, seitdem Dr. Schmitt Leiter der ersten Abteilung dieses Ministeriums ist, im Bereiche dieses Ministeriums Männer befördert worden, bei denen man mit Recht sagen könnte, sie verdanken ihre Beförderung nicht ihrer persönlichen Eignung und Tüchtigkeit, sondern ihren Familienbeziehungen? Wo sind diese Männer?“

Landwirtschaft und Geldwertungen. Die Landwirtschaft hat nach den Vorzeichen des Umlagegesetzes 50 Millionen Zentner Brotgetreide zum Preise von 105 Mark je Zentner abzuliefern. Sie bringt damit dem deutschen Volke ein Opfer, das mehr als 5 Milliarden Mark beträgt. Als im Herbst 1921 die Kartoffelpreise immer höher stiegen, setzten trotzdem freiwillige Hilfsaktionen zur Lieferung von billigen Kartoffeln an die mangelbedürftigen Teile der städtischen Bevölkerung ein. Die ausgegangenen Verluste der Orts- und Kreisvereine haben gezeigt, daß die Resultate der freiwilligen Kartoffellieferungen erfreulich geringfügig gewesen sind. In einem in der Nähe von Radeburg gelegenen Preise wurden z. B. durch die Vereine neben Kartoffeln umsonst Getreide, Mehl, Hülsenfrüchte und Gemüse in einem Gesamtwert von 250 000 Mark aufgebracht, obgleich die Landwirtschaft von der Geldwertungen ebenso abhängig ist, wie jeder andere Berufsstand. Die Aufwendungen für die Wirtschaft steigen im gleichen Maße wie überall. Die höheren Preise für die anderen Produkte bedeuten daher lediglich die im Durchschnitt um das 30fache nach dem heutigen Preisstande gestiegenen Unkosten.

Die Jückerversorgung. Landtagsabgeordneter Schmitt (D. Wp.) hatte eine Reihe Anfragen an die Regierung gerichtet, was sie angesichts der unzulänglichen Jückerversorgung zu tun gedenke und getan habe. Die Antwort der Regierung gibt rückhaltlos an, daß die Belieferung unzulänglich sei, obwohl der Ertrag der diesjährigen Ernte hinreichend wüchse, um eine Jückerversorgung im Umfang der Vorkriegszeit zu ermöglichen. Die Ursache des Mangels sei die Transportnot. Die Regierung habe wiederholt Maßnahmen ergriffen, um einen raschen Abtransport der für Sachen in den Raffinerien lagernden Jücker mengen zu erreichen. Diese Bemühungen seien nicht ganz erfolglos gewesen.

Verwendung von Postpaketen nach Ausland möglich. Mit Hilfe der American Relief Administration ist es nunmehr möglich, Pakete an Freunde und Bekannte nach Ausland zu versenden. Es sind von diesem Institut für Ausland ähnliche Einrichtungen getroffen, wie sie für die Verwendung von Paketen zwischen Amerika und Deutschland bereits bestehen.

Radeburg. Eine seltene, eindrucksvolle Feier wurde gestern im Waldschloßchen zu Radeburg durch den Landwirtschaftlichen Verein zu Glauchitz, Radeburg und Umgebung veranstaltet. Fünf in langjähriger Dienstzeit treuverbährte Arbeiterinnen erhielten das vom Landwirtschaftlichen Kreisverein zu Dresden gestiftete Goldene Kreuz als äußeres Zeichen ihrer treuen Pflichterfüllung verliehen und zwar waren tätig: bei Herrn Mittergutsbesitzer Rudolph in Bromnis Frau Amalie Dölke 51 Jahre, Frau Friederike Börner 48 Jahre, Frau Marie Dicklich 30 Jahre und bei Herrn Gutsbesitzer Uebigau bzw. dessen Vorgängerin in Radeburg Frau Emma Vogel und Frau Martha Grunert 32 Jahre. In Vertretung des Kreisvereinsvorsitzenden leitete der Vorsitzende des diesigen Landwirtschaftlichen

Vereins, Herr Gutsbesitzer Uebigau, die Feier mit warmen anerkenntlichen Worten für die Jubilariannen ein, überreichte die Ehrenzeichen und gab dem Wunsche Ausdruck, daß den treuen Arbeiterinnen noch ein langes gesundes Leben und ein zufriedener behaglicher Lebensabend beschieden sei.

Rändrich. Der diesige Wohlthätigkeitsverein Sächsischer Festtschule veranstaltet am 21. Januar 1922 in den schön dekorierten Räumen des Rax Renschen Gasthofes (Elbe) einen großen Maskenball mit verschiedenen Ueberziehungen. Der Eintritt wird trotz der hohen Unkosten ein sehr mäßiger sein. Da der Reinertrag zur diesjährigen Konfirmandenbescherung Verwendung finden soll, wäre eine rege Beteiligung an dem Maskenball sehr erwünscht.

Stadt Wehlen. Die Steuer- und Finanzkultur, die alle Welt bedeckt, hat sich jetzt auch auf unser idyllisches Städtchen erstreckt, indem die Einführung einer Fremdensteuer in Höhe von 10 Prozent beschlossen worden ist. Im Gegensatz zur Gepflogenheit anderer Fremdenorte soll diese Fremdensteuer aber nicht von denjenigen erhoben werden, die der Kurorte unterliegen.

Schirgiswalde. Eine rote Lat beging des Naturheilkundige J. Kneißle. Als ihn sein Hauswirt zur Bezahlung der Miete aufforderte, schlug er mit einem Beile darauf auf ihn ein, daß er blutüberströmt und benommenlos zusammenbrach. Nur dem schnellen Eingreifen seines Sohnes ist es zu danken, daß Kneißle von seinem Opfer abließ.

Mittweida. Festgenommen wurde ein 32jähriger Monteur aus Vohen. Er hatte sich in einem Hotel der Bahnhofstraße einlogiert. In einem mit sich geführten Koffer befand sich, wie jetzt die Untersuchung ergab, ein großer Sack zum Mitnehmen von Diebesgut. Donnerstag morgen verließ der Hotelgast plötzlich unter Mitnahme eines Deckbettes, dreier Kopfkissen, eines Bettuches, einer Tischdecke und eines Fenchers Gardinen. Er wurde bei der Flucht aber von dem 20jährigen Geheimpolizist Wegener von hier beobachtet und verfolgt. Es entwickelte sich eine furchtbare Jagd. Als der Verfolgte schließlich sah, daß er sich ergeben mußte, warf er das Diebesgut weg und ließ sich festnehmen.

Loßbädt. Der wegen Unterschlagung usw. seitens der Staatsanwaltschaft verfolgte ehemalige Gemeindevorstand Heinrich ist von der Kriminalpolizei in Leipzig verhaftet und ins dortige Amtsgerichtsgefängnis eingeliefert worden. Die rächende Hand hat den Vertraubten gerade dort ereilt wo er die ihm anvertrauten Gelder hauptsächlich verprakt und verpielt hat.

Chemnitz. Eine nervenranke Frau, die von ihrer Schwelger zur Ueberführung in ein Chemnitzer Krankenhaus von Berlin abgeholt worden war, sprang am Dienstag nachm. zwischen Altmittweida und Ottendorf in einem Anfall geistiger Unmachtung aus dem Abortfenster des in voller Fahrt befindlichen Eisenbahnwagens, ohne dabei schwere Verletzungen zu erleiden. Mit einem der nächsten Züge wurde sie nach Chemnitz gebracht und mittels Krankenwagens der Rettungsstation in die Herwenheimstraße überführt.

Glauchau. Im benachbarten Südenhof wurde der geisteschwache Einwohner Herrmann aus Meerane erfroren aufgefunden.

Oberwiesenthal. Einen ganz großen Tag hatte unter Ort am vorigen Sonntag zu verzeichnen. Was man hier zu sehen bekam, übertraf jede Erwartung. Von den frühesten Morgenstunden an ließ der Strom der auswärtigen Gäste nicht nach, die Hotels waren längst überfüllt, als die Nachfrage nach Uebernachtungsgelegenheit den Höhepunkt noch lange nicht erreicht hatte. Die berühmte letzte Dachkammer wurde mobil gemacht und diente als Schlafsalon. Nicht weniger als 3000 Gäste haben die Nacht in Oberwiesenthal zugebracht. Der Gesamtverehr an diesen beiden Tagen überschreitet nach ganz vorläufigen Schätzungen reichlich 10 000. Von den Besuchern waren sehr viele in Schlitten angekommen, deren Zahl unübersehbar war. Am Sonntag abend herrschte noch ein riesenhafter Betrieb in und um Oberwiesenthal, da die meisten Gäste keine Abreisegelegenheit hatten. Alle beteiligten Kreise sind von dem Verlauf der idealen Wintertage begeistert. Es herrscht allgemein die übereinstimmende Auffassung, daß ein derartiger Fremdenverkehr und Sportbetrieb überhaupt noch nicht da war, selbst nicht bei dem großen Überbestand im Jahre 1911.

Frankenberg. In einem Hause in der Freiberger Straße wollte die erwachsene Tochter eines Geschäftsmannes auf dem Gasocher Kaiser tochen, ist dabei jedenfalls eingeschlagen, während sich der Gasocher von der Leitung löste. Als die Sache endlich bemerkt wurde, konnte nur noch der Tod der Bedauernswerten infolge Gasvergiftung festgestellt werden.

Walden. Wie die „Neue Postl. Zeitung“ meldet, ist gestern abend gegen 6 Uhr im Walde an der Straße zwischen Weißitz und Schwand der aus Regnitzloja in Bayern gebürtige Getreideaufkäufer Schaller, der schon



Der ...

Schleier. In einem ...

Greif. Bei den ...

Buchweis. Die ...

Riesch. In einem ...

Parteitag der U. S. V. D.

In der ...

Die ...

Flüchtlingsleben in Petersburg.

Das ...

Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 13. Januar 1922.

Die ...

Die ...

vermeint ...

X Frankfurt a. M. Die ...

Verband über die ...

Was die ...

Bräud ...

Eine Rede von Bourgeois.

X Paris. Bei der ...

Die ...

Im ...

Zum ...

Gente eine Sitzung des Obersten Rates.

X Cannes. Der ...

Abbrechung ...

Abreise der ...

Der ...

Der ...

Bermischtes.

Eisenbahnunglück ...

Sucht ...

Der ...

Die ...

Bademecum ...

Turnen, Sport und Spiel.

Handball ...

Kirchennachrichten.

2. Epiphaniensontag 1922.







# Großer Inventur-Ausverkauf

beginnt **Montag**, den 16. Januar  
und endet am 30. Januar.

**Modehaus Max Oertel** **Riesa**  
Wettinerstr. 15  
Telefon No. 208.

**Gasthof Bahra.**  
Sonntag, 15. Jan., ladet zur  
**Ballmusik**  
freundlichst ein W. Thalheim.

**Gasthof Mautitz.**  
Sonntag, den 15. Januar  
feine **Ballmusik**.

Graebenst ladet ein H. Röber.  
**Gasthof Alto Post**

**Stauchitz.**  
Sonntag, den 15. Januar  
feine **Ballmusik**.  
Anfang 5 Uhr.

**Gasthof Leutewitz.**  
Sonntag, 15. Jan., ladet zur  
**Ballmusik**  
freundlichst ein P. Gräfe.

**Gasthof Sageritz.**  
Sonntag, 15. Januar  
großes **Bockbierfest**  
mit **Ballmusik**  
von 5 Uhr an. Es ladet  
freundlichst ein Max Wolf.

**Gasthof Stötensee.**  
Sonntag, 15. Jan., ladet zum  
**Bockbierfest**  
und zur öffentlichen  
**Ballmusik**  
von 6 Uhr an  
ergebenst ein E. Wittig.

**Gasthof Boritz.**  
Sonntag, den 15. Januar  
**Ballmusik**.

**Gasthof Moritz.**  
Sonntag, den 14. Januar  
**Tanzkränzchen**  
v. Kongertinaverein Münchritz  
worauf die Mitglieder hiermit  
eingeladen sind. Gäste herzlich  
willkommen. Anf. 6 Uhr.  
Der Vorstand.

**Starke feiste Hasen**  
im Fell, gestreift, geteilt,  
**prima Kochhühner**,  
**fr. lebende Karpfen**  
frische Seezische  
empfehlen  
**Carl Jäger, Gröba.**  
Telefon 608.

**Morgen frische Seefische.**  
**Clemens Bürger.**  
Frischgeschlossene

**Starke feiste Hasen**  
im Fell, gestreift und geteilt  
empfehlen  
**Clemens Bürger.**  
Telefon 607.

**Ein Posten**  
**gebr. Herrenräder**  
(Brennabor, Opel, Schlabih)  
zu verk. Hauptstr. 73, 1.  
E. Wintler.



**Hotel Stadt Dresden.**  
Sonntag, Sonntag und folgende Tage  
**Bockbierauslauf**  
(Niederl.). Keine Bockwürstchen.  
Sint gewählte Spezialkarte.  
**Franz Kuhnert.**



**Restaurant „Zur Erholung“.**  
Freitag, Sonnabend und Sonntag  
großes **Bockbierauslauf**.  
Hochachtungsvoll R. Wilhelm u. Frau.

n. Bockwürstchen.

**Lamms Restaurant, Röderau.**  
Sonntag, Sonntag und Montag  
großes **Bockbierfest**  
mit musikalischer Unterhaltung.  
Sonntag großes Preisstafel  
— Anfang 8 Uhr. —  
Es laden ergebenst ein  
Ernst Pänzel und Frau.  
Selbstgebad. Pfannkuchen. Selbstgebad. Pfannkuchen.

**Gasthof „Stadt Riesa“, Boppitz**  
Sonntag und Sonntag  
großes **Bockbierfest**.  
Sonntag ab 4 Uhr nachmittags  
leines **Tanzkränzchen** mit **Kappenpolonaise**.  
— Rabben gratis. —  
Empfehle hierzu n. Bockwürstchen mit  
Metzli, Pfannkuchen.  
Um stilligen Zuspruch bittet R. Geding.

**Gasthof Jahnishausen.**  
Das wegen ungünstiger Witterung  
am Neujahrstage ausgefallene ::  
**KONZERT**  
findet Sonntag, 15. Januar, statt.  
:: Obermusikmeister Otto Spielt. ::  
Anfang 6 Uhr.  
Es ladet ganz ergebenst ein Franz Wehen.

**Gasthof Heyda.**  
Sonntag, 15. Januar, von nachm. 6 Uhr an  
große öffentliche **Ballmusik**,  
worauf freundlichst einladet O. Sommer.

**Gasthof Störsitz.**  
Sonntag, den 15. Januar  
**Jahreschmaus mit Ball.**  
Anfang 6 Uhr. Orchester gut besetzt.  
Werde mit n. Speisen und Getränken bestens aufwarten.  
Hierzu ladet freundlichst ein J. Roscher.

**Gasthof Münchritz.**  
Sonntag, 15. Januar, von 5 Uhr an  
großes **Bockbierfest** u. **feine Ballmusik**.  
10 Uhr **Mägenpolonaise**. n. Bockwürstchen.  
Graebenst ladet ein Max Krensch.

## Vereinsnachrichten

**Rieser Sportverein e. V.** Heute, 13. 1., 7.30 Uhr abends  
Jahreshauptversammlung in der Elbterrasse.  
**Zusammenkunft Riesa.** Morgen Sonntagabend 8 Uhr Hauptver-  
sammlung im „Stern“. Zahlreiches Erscheinen erw.  
**Verein Ergarbirger und Vogtländer, Riesa.** Der be-  
schlossene „Hugenomb“ findet am Sonntagabend, 14. Jan.,  
von abends 7 Uhr an im Saale des Hotel Händner  
statt. Zutritt haben nur Vereinsmitglieder mit ihren  
Frauen. Familienangehörige, sowie Kinder und Gäste  
haben keinen Zutritt. Ferner hat jedes Mitglied Kaffee-  
töpfchen oder Tasse selbst mitzubringen. Die lieben  
Vandeleute werden gebeten, an diesem lustigen Abend  
alle zu erscheinen. Ueberrassungen aller Art.  
**Mieterverein Riesa.** Sonntag, 14. 1., 8 Uhr nachm.  
Sprechstunde im „Verold“, Elbstr. (Herr Mäurer).  
Hauptversammlung am 20. Febr. Anträge bis Ende  
Januar an den Vorsitzenden.  
**Gewerks. Deutsch. Metallarb. (G. D.).** Sonntag, 15. Jan.  
Monatsversammlung, Beginn 3 Uhr, Beitragshebung  
für Januar, Beginn 2 Uhr, im „Bürgergarten“ Riesa.  
**Rechtshilfe Club.** Jahreshauptversammlung Sonntag,  
15. Jan., nachm. 3 Uhr Gasthof Donat.

**Beflügel-Ausstellung Riesa**  
im Stern.  
Eröffnung Freitag 2 Uhr.  
Sonntag u. Sonntag von 9-6 Uhr  
geöffnet. Ueber 500 Ausstellungstiere.  
Ein Besuch ist sehr lohnend  
und zu empfehlen.  
Der Ausstellungsauslauf.

**Gasthof Münchritz.**  
Sonntag, 21. Jan. 1923, großes  
**MASKEN-BALL**  
Maskenkarten 15 M., inkl. Steuer  
Zuschauerkarten 8 M.  
Wohltätigkeitsverein  
Zächische Reichtshilfe, Münchritz.

**Gasthof zur Eisenbahn, Jakobsthal.**  
Sonntag und Sonntag, 14. u. 15. Januar  
großes **Bockbierfest**.  
n. Bockwürstchen.  
Bei 5 Glas erhält jeder eine Mappe Briefpapier gratis.  
— Flotte Bedienung. —  
Dazu ladet ein Arangel.

**Gummibeföhlung viel billiger und**  
**haltbarer als Leder.**  
Dresdner Gummi-Beföhlung und Schuhklinik liefert  
**Herrensohlen 40 M.**  
**Damensohlen 32 M.**  
Gummibeföhlung allerbilligst.  
Annahmestelle G. Krauke, Münchritz, Thomasweg 3.

Gestern früh 10 Uhr verschied im Stadt-  
krankenhaus nach kurzem, mit unglücklicher Ge-  
duld ertragenem schweren Leiden infolge  
schwerer Verwundung in der Baumwollspinnerei  
unser innigtgeliebter guter Sohn und Bruder  
**Arno Berger**  
in seinem ziemlich vollendeten 18. Lebensjahre.  
Dies seligen tiefbetrubt an  
die trauernden Hinterbliebenen.  
Gröba, den 13. 1. 1923.  
Die Beerdigung findet Sonntag 3 Uhr von  
der Friedhofshalle in Gröba aus statt.

## Kartoffeln

verkauft im einzelnen und  
ganztonnweise  
**E. Uhlmann,**  
Hauptstr. 11, Ecke Schützenstr.

Lobeck-  
**Kakao**

1/4 Pfund 7 M.  
**Gebr. Despang**  
Kais.-Wilh.-Platz.

**Winter-Soppen**  
**Schwarze Leder-Hosen**  
**Blaue Schloffer-Jacken**  
in großer Auswahl  
**Paul Suchantke**  
Wettinerstr. 11.

**Wünsch's**  
**Marionetten-Theater**  
Riesa, Hotel Kronprinz  
Sonntag, d. 14. u. Sonntag,  
d. 15. Januar, abends 8 Uhr:  
**Johannes Karstedt**  
der Bühnenhauptmann  
der Oberlausitz.  
Schauspiel in 8 Aufzügen.  
Sonntag 1/2 Uhr  
und um 4 Uhr:  
Der kleine Pömmel und  
der Menschenfresser.  
Märchen in 6 Akten.  
In allen Vorstellungen ein  
mechanisches Kunstballett.  
Bruno Wünsch.

**K.-Z.-V. Gröba**  
und Umgegend.  
Sonntag, den 15. 1. 1923  
abends 7 Uhr  
**Monatsversammlung.**  
Zahlreiches Erscheinen drin-  
gend nötig. Der Vorstand.

**Schnelder-Zwangs-Innung**  
Riesa u. Umgegend.  
Montag, den 16. Januar  
1923, nachmittags 3 Uhr  
**Quartalsversammlung**  
im Hotel Händner, hier.  
In dieser Versammlung wird  
unser Verbandsvorsitz. Herr  
Dir. Flugbeil einen Vortrag  
halten u. über Verursachen,  
Preise u. Lohnfragen sprechen.  
Es sind dazu auch sämtliche  
Damenclubmitglieder, die ihre  
Gemeinde selbstständig betreib.,  
höflichst eingeladen.  
Um recht zahlreiches und  
pünktliches Erscheinen bittet  
der Obermeister.  
Fr. Weber.  
Unentschuldigtes Ausbleiben  
bleibt Strafe nach sich.

Die heutige Nr. umfasst  
6 Seiten.  
Hierzu Nr. 2 des  
„Erstblätter an der Elbe“.



### Erklärungen Rathenaus in der Reparationskommission.

Havas meldet aus Cannes: Bei den vorerwähnten Verhandlungen der deutschen Delegation mit der Reparationskommission erklärte Dr. Rathenau, Deutschland habe der Kommission deshalb nicht früher Erklärungen gegeben, weil es gewußt habe, daß der Oberste Rat in Cannes zusammenstehe, und geglaubt hätte, es sei vorzuziehen, den Augenblick abzuwarten, in dem es sich den alliierten Delegierten gegenüber befinde.

Rathenau gab alsdann ein Exposé über die wirtschaftliche und finanzielle Lage Deutschlands, das infolge seiner politischen Handelsabstimmung genötigt sei, sich aus Eigenem zu ernähren. Er führte aus, Deutschlands Rohstoffe und Rohwarenmittel reichten nicht aus, um normal leben zu können. Es müßte deshalb für 5 Milliarden Rohstoffe und Lebensmittel einfließen. Während vor dem Kriege der Export der im Auslande angelegten deutschen Kapitalien einen Nutzen abgeworfen habe, habe sich heute die Lage Deutschlands zu seinem Nachteil verändert. Daraus entspreche für Deutschland ein jährliches Defizit von 750 Millionen. Die deutsche Export, die 1918 10 bis 11 Milliarden Goldmark betragen habe, sei auf 2/3, bis 4 Milliarden Goldmark herabgesunken, Deutschland könne das nur ändern, indem es seinen Verbrauch einschränke, was fast unmöglich sei, da Deutschland schon ein Minimum verbrauche. Auch eine Erhöhung der industriellen Erzeugung und der Ausfuhr sei unmöglich, da in den Volkswirtschaften ein fast unüberwindliches Hindernis zu erblicken sei. Auch die landwirtschaftliche Erzeugung sei trotz großer Anstrengung in verhältnismäßig geringem Maße gesteigert worden.

Dr. Rathenau sprach alsdann von den Maßnahmen zur Steigerung der Tätigkeit Deutschlands auf dem Weltmarkt. Er sagte, er glaube, daß, wenn Deutschland in dieser Richtung auf seine eigenen Kräfte angewiesen sei, nichts Gutes könne. Seit und eine gemeinsame Anstrengung aller Völker seien notwendig. Unter diesen Umständen könne die Lage Deutschlands sich nur verschlechtern, wenn es gezwungen werde, ungeheure Summen für die Reparationen zu zahlen. Gewiß meiere Deutschland sich nicht, die Reparationen zu zahlen, aber es habe große Schwierigkeiten, sich ausländische Devisen zu verschaffen. Deutschland sei bereit, Anstrengungen zu machen, um seine Lage zu bessern.

Auf die Frage, was Deutschland 1922 zahlen könne, erklärte Dr. Rathenau, er könne nicht antworten, bevor er wisse, welche Sachleistungen dieses Jahr von Deutschland gefordert werden würden. Die deutsche Regierung sei bereit, in diesem Jahre das Defizit der Eisenbahn und der Post zu beseitigen. Sie werde auch alles Mögliche unternehmen, um die Unterhaltungen kräftig herabzusetzen, die für die Volksernährung aufgewendet würden. Eine wesentliche Erhöhung der Steuern auf die deutsche Nobilität sei nicht möglich, da der deutsche Rohpreis schon fast den Weltmarktpreis erreicht habe.

Die Reparationskommission erlauchte Rathenaus, am gestrigen Donnerstag seine Ausführungen fortzusetzen, er äußerte aber den Wunsch, vorher die Punkte zu erfahren, über die man ihn befragen wolle, damit er die Unterlagen beibringen könne. Die Reparationskommission beschloß, diesem Wunsch zu entsprechen. Die zweite Verhandlung mit der deutschen Delegation wurde daher auf einen späteren Zeitpunkt verschoben.

### Der Oberste Rat hört die deutsche Delegation.

Der Oberste Rat verhandelte, wie der Sonderberichterstatter der Agentur Havas in Cannes meldet, gestern mittag 12 Uhr mit der deutschen Delegation. Von deutscher Seite waren Reichsminister a. D. Dr. Rathenau, Staatssekretär a. D. Borch, Staatssekretär a. D. Bergmann und Staatssekretär Fischer erschienen. Den Vorsitz führte Lloyd George. Rathenau begann mit einer Darlegung der wirtschaftlichen und finanziellen Lage Deutschlands und gab ungefähr dieselben Erklärungen ab wie vorgelesen vor der Reparationskommission. Rathenau sprach französisch und überließ seine Ausführungen selbst ins Englische. In der gestrigen Nachmittagsitzung des Obersten Rates beendete Reichsminister a. D. Dr. Rathenau seine Ausführungen, in denen er besonders die von der Reichsregierung ins Auge gefaßten Maßnahmen zur Beseitigung der finanziellen Schwierigkeiten darlegte. Während der Sitzung ging aus Paris die Nachricht vom Rücktritt Briands ein, worauf Louchere den Obersten Rat verließ. Nach Beendigung der Ausführungen Dr. Rathenaus erklärte der Vorsitzende Lloyd George, daß angesichts des Fehlens einer alliierten Regierung die Beschlüsse und Verhandlungsmöglichkeiten des Obersten Rates zweifelhaft sei. Die Frage müsse erst in einer internen Beratung geklärt werden. Die Sitzung wurde darauf gegen 6 1/2 Uhr vertagt.

### Die Abreise Loucheres.

Louchere wollte gestern abend 7.10 Uhr Cannes verlassen. Während der Abwesenheit der Vertreter Frankreichs werden, wie Havas mitteilt, natürlich keine Entscheidungen getroffen werden.

Der Havas-Sonderberichterstatter meldet aus Cannes: Minister Louchere habe die Demission des Kabinetts während der Sitzung des Obersten Rates gegen 5 Uhr erfahren. Er erklärte dem Chef der alliierten Delegation, er befinde sich in der Notwendigkeit, Cannes gestern abend zu verlassen. Trotz des Beschlusses von Lloyd George beharrte Louchere darauf, abzureisen.

Der Oberste Rat hat die Mitglieder der Reparationskommission angegliedert, um nach der Abreise Loucheres die Verhandlungen mit der deutschen Delegation fortsetzen zu können. Erst nach der Bildung eines neuen französischen Kabinetts könne die Rede von der Einberufung eines neuen Obersten Rates sein. Ein Teil der französischen Delegation verließ gestern abend mit Louchere Cannes, der Rest wird heute abend von Lloyd George verläßt Cannes am Sonntag.

### Briand an Lloyd George.

Briand hat Lloyd George im Laufe des Abends folgende Telegramm geschickt: „Infolge der Beschlüsse der alliierten Völkern, die ich bei meiner Ankunft in Paris vorgefunden habe, habe ich die Überzeugung gewonnen, daß es mir nicht mehr möglich sei, den Platz als Ministerpräsident weiter zu behalten. Nachdem ich die Demission des Kabinetts dem Präsidenten der Republik übergeben habe, kann ich nicht mehr nach Cannes zurückkehren, um an den Arbeiten des Obersten Rates teilzunehmen. Ich bitte Sie, diese Tatsache unseren delegierten Kollegen mitzuteilen und ihnen gleichzeitig mit meiner Entschuldigungs- und Bedauernsäußerung zu erklären, daß ich dadurch die Mitwirkung mit ihnen aufgeben muß. Was Sie mein lieber Herr Lloyd George, angeht, fühle ich mich besonders peinlich berührt, daß ich nicht mit Ihnen die Beratungen zu Ende führen kann, die wir im Interesse unserer beiden Länder und im Interesse des Friedens Europas begonnen hatten und die ich so glücklich gewesen wäre, zu einem guten Ende-

## Das Kabinett Briand zurückgetreten.

### Die Demission angenommen.

Aus Paris wird gemeldet: Das Ministerium Briand ist um 4 1/2 Uhr zurückgetreten. Nachdem Briand in der Kammer seine Erklärung abgegeben hatte, in der er seine Haltung in Cannes rechtfertigte, begab er sich ins Elysée, um die Demission des Ministeriums mitzuteilen. Der Präsident der Republik Millerand hat die Demission des Kabinetts angenommen.

### Die Rede Briands in der Kammer.

Nach einer Antrittsrede des wiedergewählten Präsidenten der französischen Kammer, Raoul Beret, ergriff Ministerpräsident Briand das Wort, um eine Erklärung abzugeben. Die Kammer ist fast besetzt. Mehr als 500 Abgeordnete sind anwesend. Briand beginnt mit der Erklärung, er wisse nicht, ob es nicht Pflicht des Vertreters Frankreichs sei, sich jetzt anderwärts zu befinden (Widerspruch rechts), aber er habe geglaubt, es sei seine Pflicht, dem Lande und dem Parlament die Wahrheit zu sagen, um die lägenhaftesten Nachrichten zu widerlegen. Seitdem er auf der Konferenz in Cannes weise, seien Nachrichten verbreitet worden, die ungenau seien. Briand erinnert an die Erklärung, die er als Antwort auf die Anfrage des Abgeordneten Roge gegeben hat und fährt fort: Die Regierung stellt das Parlament nicht vor vollendete Tatsache. Sie gibt Wünsche über die Verhandlungen, was noch wenige Regierungen getan haben. Sie gibt Erklärungen ab, während die Konferenz noch mitten in den Arbeiten steht. Ob die Verhandlungen erweitert werden, ist nicht sicher, aber es scheint notwendig zu sein, um die Verantwortung der öffentlichen Meinung zu verdeutlichen. Man erörtert in Cannes das erste und bedeutendste Reparationsproblem und den Wiederaufbau Europas. Man spricht viel vom Frieden, aber es genügt nicht davon zu reden, man muß auch den Mut haben, die erforderlichen Taten zu unternehmen, damit er realisiert werden kann, sonst können die Völker noch lange auf ihn warten.

Für ein Volk wie das französische genüge es nicht, daß seine Grenzen garantiert sind. Es gibt Grenzen, die noch kein Friedensvertrag anerkannt habe, über die jeder Augenblick ein Krieg sich entspinnen könne. Frankreich könne sich nicht desinteressieren; denn wenn es dies heute tue, werde es notwendigerweise morgen ein Opfer werden. Es sei notwendig für die Völker, sich zu vereinigen, um Ordnung in diese Unordnung zu bringen und sicherstellen in dieses Chaos. Der Friedensvertrag von Versailles könnte nicht Gegenstand einer Diskussion bilden und die Klauseln, die die Sicherheit Frankreichs gewährleisten, ständen außerhalb der Debatte. Die Tagesordnung der Konferenz von Genoa sei wirtschaftlicher Natur. Wie hätte man von den Vertretern Frankreichs gelagt, wenn eine derartige Konferenz ohne sie entschieden worden wäre? (Der Ministerpräsident wird von verschiedenen Seiten unterbrochen.) Er fährt aber fort, er sei überzeugt, daß, wenn Deutschland gewußt hätte, daß ein Bündnis zwei Großmächte wie Frankreich und England verbunden hätte, es nicht zum Krieg gekommen wäre. Was die Reparationen betreffe, so habe die Reparationskommission das Recht, mit Mehrheit einen Zahlungsaufschub zu bewilligen. Frankreich habe in dieser Kommission nicht die Mehrheit. Es hänge nicht von ihm ab, ob ein Moratorium bewilligt oder abgelehnt wird und man könne nur sagen, daß eine Mehrheit für ein Moratorium feststeht. (Bei diesen Äußerungen des Ministerpräsidenten kommt es zu stürmischen Szenen. Einige Abgeordnete der Rechten rufen: Briand muß vorzeitig gehen, wenn er Auskunft gibt!) Briand fährt fort: Es ist Tatsache, es gibt eine Mehrheit, die den jetzt geltenden Zahlungsplan ablehnen will. (Lauter ruf: Das ist bedauernd!) Briand wartet einige Minuten, bis sich die Unruhe gelegt hat und der Kammerpräsident Beret fordert die Kammermitglieder auf, den Ministerpräsidenten in Ruhe anzuhören.)

refusiert zu führen. Ich hoffe, daß mein Nachfolger diese Beratungen mit Ihnen wieder aufnehmen wird und daß er glücklicher als ich die Ziele verwirklichen kann, die wir im Auge hatten. Ich bitte Sie, den Ausdruck meiner dankbarsten Gefühle entgegenzunehmen.“

### Sitzung des Reichskabinetts.

Gestern nachmittag war die Reichsregierung zu einer Kabinettsitzung zusammengetreten. Während der Sitzung wurde dem Reichskanzler die Meldung von dem Rücktritt Briands übermittelt, worauf, wie das „Tageblatt“ meldet, die Regierung sofort in die Beratung über die durch den Rücktritt veränderte Lage eintrat.

### Die deutsche Industrie und die Konferenz von Genoa.

Wie der „Volkswacht“ hört, hat das Präsidium, der Vorstand und der Hauptausführer des Reichsverbandes der deutschen Industrie in seiner gestrigen Sitzung beschlossen, für die Wirtschaftskonferenz von Genoa ein großes Wirtschaftsprogramm aufzustellen. Die Denkschrift soll genaue Unterlagen enthalten für die deutsche wirtschaftliche Lage und für seine Leistungsfähigkeit. Für die Redigierung der Denkschrift ist eine Kommission gewählt worden.

### Die Washingtoner Konferenz.

Havas meldet aus Washington: Die Führer der Abordnungen nahmen am Mittwoch in zwei Sitzungen die Prüfung verschiedener Punkte des Flottenvertrages vor, dessen Besprechung sich in die Länge zieht. Carrant griff in die Verhandlungen ein und verlangte verschiedene Änderungen im Text. Die Debatte entspann sich besonders zwischen Engländern und Amerikanern und zog sich sehr in die Länge, besonders wegen der völligen Vernichtung einiger angestrichelter Schiffe, deren Verbleibung ursprünglich vorgesehen war. Die Ansichten der beiden Länder hierüber gingen ziemlich weit auseinander.

### Die deutsch-polnischen Verhandlungen.

Gestern vormittag empfing Präsident Calongore im Rathaus zu Königsberg weitere Abordnungen der deutschen Botschaft. Reichsminister a. D. Schäfer stellte die Vertreter der deutschen Gewerkschaften vor. Nach dem Empfang nahm Präsident Calongore das Wort zu längerer Ausführungen und sagte u. a., er sei in seiner Entscheidung von niemandem abhängig. Er werde nach bestem Wissen und Gewissen urteilen. Die Frage des Schusses der Minoritäten gehöre zu denjenigen internationalen Problemen, die seine ganze Sympathie besitzen.

Briand fährt fort: Die französische Regierung ist bemüht, die französischen Interessen sicherzustellen. Wenn der Zahlungsplan für 1922 abgeändert worden sei, welche Garantien habe man dann, daß die Lage für 1923 nicht die gleiche werde? Wenn der Zahlungsplan abgeändert werden müßte, verlange Frankreich, daß Garantien gegeben würden, um zu kontrollieren, daß Deutschland das unternehme, was es bis jetzt noch nicht getan habe. Darüber seien die freundschaftlichen Verhandlungen in Cannes geführt worden. In England bringe man große Opfer, wofür Belgien und Frankreich dankbar seien. (Die Kammer unterbricht Briand von neuem.) Briand gibt seiner Enttäuschung darüber Ausdruck, daß politische Absichten in die Debatte hineingetragen werden. Er wisse ganz genau, daß ungünstige Angelegenheiten gegen die Regierung ausgebeutet würden, während man über Oberschleusen, Ruhrort, Düsseldorf und andere günstige Angelegenheiten schweige. Diese Lösungen seien rasch vergessen. Es sei ein Leichtes, zu behaupten, die Regierung gebe die Rechte Frankreichs preis. Aber er wünsche, daß Volk und Parlament aus der Atmosphäre der Verurteilung herauskommen.

Als auf die letzten Worte Briands ironischer Beifall bemerkbar wurde, machte Briand Riene, die Rednertribüne zu verlassen. Kammerpräsident Beret hält ihn zurück. Briand fährt fort, indem er sich über die Lage in Deutschland auspricht. Der Redner ging dann dazu über, von der englisch-französischen Alliance zu sprechen, die für beide Länder von Nutzen sei. Unter diesen Umständen habe er die Verhandlungen mit Lloyd George begonnen. Er habe seinen englischen Kollegen klar gemacht, daß es nicht im Interesse Frankreichs allein, sondern im gemeinsamen Interesse von Frankreich und England liege, einen Vertrag abzuschließen, da die Grenzen Frankreichs mit Deutschland auch die Grenzen Englands seien und da England, wenn es sie verteidige, es zugleich auch seine eigenen Grenzen verteidige. Er habe geglaubt, die mächtigste Autorität zu besitzen, um im Namen Frankreichs zu sprechen, aber — Briand macht eine Bewegung der Enttäuschung — er habe nicht das Recht auf einen Kampfsport zu besitzen, wenn er gewiß sei, einen Dolchstoß zu erhalten. Der Ministerpräsident muß unantastbare Autorität besitzen. Er könne nicht sagen, daß er die nötige moralische Kraft besitze. Er habe von weitem gefühlt, daß er nicht das volle Vertrauen besitze. Er bleibe aber dabei, daß die Verhandlungen mit den Alliierten Frankreich nützlich seien. Keinen Augenblick sei das Interesse Frankreichs vernachlässigt worden. Aber jetzt seien andere an der Reihe.

Weiter hat Briand nicht gesprochen.

Mit einer Geste der Entmutigung verließ er die Rednertribüne und begab sich an seinen Platz. Zum Erstaunen einer großen Anzahl von Deputierten nahm er dort seine Wappe unter den Arm und verließ mit seinen Ministern den Saal.

Die Sozialisten schrien: Auflösung! und Kammerpräsident Beret hob die Sitzung auf, die unter großer Erregung am Donnerstag vertagt wurde. Die Sitzung war 4.40 Uhr französischer Zeit beendet.

### Auf der Suche nach einem Nachfolger.

Der Präsident der französischen Republik hat bereits Verhandlungen zur Lösung der Ministerkrise begonnen. Um 6 Uhr gestern abend hat er den Kammerpräsidenten Beret empfangen. Poincaré wurde ebenfalls ins Elysée berufen und vom Präsidenten ersucht, die Kabinettsbildung zu übernehmen. Poincaré hat erklärt, er werde heute mit seinen Freunden Rücksprache nehmen und im Laufe des Tages dem Präsidenten seine Antwort übermitteln. — In Senatskreisen werden an erster Stelle die Namen Poincaré und Beret als Nachfolger Briands genannt. Es folgen die Namen Tomard, Steeg und Barthout. Diese Kreise bekräftigen, daß sie nur ein Kabinett führen wollen, das fest entschlossen ist, in keiner Weise Frankreichs Rechte anzutasten zu lassen.

### Die Denkschrift Lloyd Georges.

In der Briand von Lloyd George überreichten Denkschrift, deren ersten Teil wir bereits gestern veröffentlicht haben, heißt es hinsichtlich der Sicherheit, die England Frankreich mit seiner Streitmacht im Falle eines neuen Angriffs Deutschlands gewähren könne, weiter:

Im Verlaufe der letzten 2 Kriegsjahre unterließ das britische Reich in Flandern, trotz der merklichen Schwächung, die durch die fortwährenden Verluste verursacht wurden, eine Streitmacht von 2 Millionen Mann. Großbritannien hatte insgesamt 6211 427 Mann einberufen und zwar zum Dienste zu Lande, zur See und in der Luft. Die autonomen Dominions, Indien und die Kolonien, besaßen 3284 943 Mann ein. Die gesamte Streitmacht, die das britische Reich in den Krieg warf, betrug also annähernd 10 Millionen Mann. Die Verluste an Getöteten, Verwundeten und Vermissten erreichten 3266 723 Mann. Davon sind 947 364 Mann gefallen. Es ist undenkbar, daß Deutschland diese Tatsachen mit dem den Schlussfolgerungen, die sich daraus für die Garantie des französischen Bodens ergeben, vergehen könnte. Was das britische Reich einmal für die Zivilisation getan hat, wird es wieder tun, wenn dies nötig ist. Die großen Milliarden an ausgebildeten Offizieren und Mannschaften, die der Krieg ihm gelassen hat, wird Großbritannien genau solange nutzbar machen können, wie das auf deutscher Seite der Fall ist. Das wichtigste für den Krieg bereitete Material wird in Großbritannien besonders den künftigen Generationen zur Verfügung stehen, während das deutsche Material von den Alliierten vollständig weggenommen wurde. Infolgedessen wird Deutschland, wenn es sicher ist, daß das britische Reich in einem künftigen Kriege an der Seite Frankreichs steht, nicht versuchen, Abmachungen zu treffen. Es ist ebenso wichtig, den deutschen Geist von derartigen Bestrebungen abzubringen, wie es wichtig ist, Maßnahmen zu treffen, um eine Niederlage dieser Bestrebungen, wenn sie zur Stelle kommen sollten, sicher zu stellen.

Die Regierung glaubt, daß diese beiden Ziele erreicht werden, wenn eine Abmachung getroffen wird, daß die beiden Nationen einem nicht herausgeforderten Angriff Deutschlands gegen das französische Gebiet gemeinsam die Türen bieten würden. Wie wünschten auch, daß eine derartige Verpflichtung die Bande der Freundschaft zwischen beiden Nationen von Jahr zu Jahr enger und fruchtbarer gestalten werde. Diese gegenseitige Verpflichtung könnte auf zwei verschiedene Arten eingegangen werden. Einerseits läßt sich ein Offensiv- und Defensivbündnis denken. Ein derartiges Bündnis könnte in Frankreich als mindestens betrachtet werden. In Wirklichkeit aber würde es den französischen Interessen schlecht dienen, weil derartige Bündnisse den britischen Traditionen widersprechen. Das britische Volk begreift, daß Frankreich das Recht fordert, gegen eine Invasion in sein Gebiet eine Garantie zu haben. Aber es wird nicht freiwillig Verpflichtungen militärischen Charak-



was auf den Namen kommt, wenn der Friede nicht ausbleiben wird. In militärischen Unternehmungen in Mittel- oder Ostasien teilzunehmen, würde seiner Ansicht nicht entsprechen. Ein Bündnis, das eine derartige Verantwortung einschließt, oder auch nur anscheinend einschließen würde, wird nicht die berufliche Unterstützung des britischen Volkes haben. Im Gegenteil würde dieses auf den Widerstand wichtiger Gruppen in den verschiedenen Teilen der Gemeinschaft des britischen Volkes stoßen. Es würde insbesondere für Frankreich nicht denselben Wert haben, wie eine in anderer Form einmündige Verpflichtung. Auf der anderen Seite läßt sich ein Garantievertrag denken, wonach das britische Reich und Frankreich Seite an Seite einen nicht herausgeforderten Angriff Deutschlands gegen das französische Gebiet der Stiere zu bieten hätten. Diese Möglichkeit ist auf der britischen Reichskonferenz im vergangenen Sommer erörtert worden. Es ist wahrscheinlich, daß die öffentliche Meinung des Reiches Großbritannien unterstützen würde, wenn Frankreich eine solche Garantie erhalte. Ihr Wert wäre deshalb größer, da sie nach Ansicht der britischen Regierung die berufliche Zustimmung nicht nur Großbritanniens allein, sondern auch der Dominions finden würde.

Die wirkliche Gefahr, der Frankreich ausgesetzt ist, ist eine deutsche Invasion. Frankreich ist nicht in Gefahr, daß etwas derartiges von Seiten einer anderen Nation geschieht. Eine Sicherheit gegen eine deutsche Invasion garantiert unstreitig seine Sicherheit. Infolgedessen ist die Lösung, die die Regierung seiner Majestät anzunehmen vorsieht, die folgende:

Die Regierung sieht in dem Vorschlag eines Vertrages zwischen Großbritannien und Frankreich, der diesem Memorandum eingefügt ist und dessen Annahme sie vorschlägt, die Form einer Verpflichtung, die am geeignetsten ist, die gemeinsamen Interessen der beiden Mächte in Westeuropa zu schützen. Damit der Vertrag seinen zeitlichen Lauf, ist es notwendig, daß er durch ein vollständiges Einverständnis zwischen den beiden Ländern begleitet wird. Das war die Grundlage des Abkommens von 1904, das Frankreich die Unterstützung Englands im Falle verleiht. Die englische Regierung ist der Ansicht, daß die erste Bedingung eines wirklichen Einverständnisses die ist, eine Rivalität zwischen den beiden Ländern zu vermeiden.

Der wirtschaftliche Zusammenbruch Mittel-, Ost- und Südwesteuropas ist gegenwärtig der ernsteste Faktor in der Debatte des europäischen Handels, und seine Heilung ist nicht möglich, wenn nicht die Produktion und die Märkte der Welt wieder ausgiebig gemacht werden. Die britische Regierung ist daher der Ansicht, daß die Gegenwart der wirklichen Führer des Handels für den Erfolg einer solchen Konferenz nötig ist. Es würde keinen Zweck haben, geschriebene Bedingungen nach Moskau zu schicken. Um Handel mit Russland treiben zu können, sind gewisse Garantien unentbehrlich. Ein Gefühl der Sicherheit kann nur hergestellt werden, wenn die Regierungen der Länder, die ausländische Kredite zu erhalten wünschen, sich freiwillig verpflichten

a) alle Schulden und öffentlichen Verpflichtungen anzuerkennen, ebenso wie die Verpflichtung, die ausländischen Interessen für Verluste und Schäden durch Konfiskationen und Beschränkungen wieder herzustellen oder zu entschädigen.

b) ein festliches System einzurichten, das die unparteiische Ausübung der Handels- und sonstigen Verträge garantiert und sicher. U. a. ist es nötig, über geeignete Verkaufsmittel zu verfügen, und allgemein gesprochen, das finanzielle und Währungsbedingungen bestehen, die dem Handel ausreichende Garantie bieten. Die britische Regierung möchte ferner die beiden folgenden Grundzüge aufstellen:

1. alle Nationen müssen sich verpflichten, von jeder Propaganda abzusehen, die die Ordnung des politischen Systems, wie es in anderen Ländern besteht, zu unterhöhlen geeignet ist;

2. alle Länder müssen gemeinsam die Verpflichtung übernehmen, von jedem Angriff auf ihre Nachbarn abzusehen. Die britische Regierung hat erklärt, welche Wichtigkeit ein Abkommen über Marinebanken besitzt, weil sie der Meinung ist, daß ein solches Übereinkommen für ein vollständiges Einverständnis zwischen Großbritannien und Frankreich unentbehrlich ist. Von dem gleichen Gefühl bezieht sich die alliierte Politik in der Zukunft vollständige Einigkeit besteht. Die Zeit ist vorüber, wo die Staatsmänner im Namen ihres Landes Verpflichtungen eingehen konnten, ohne dabei vollständige Rücksicht auf die Stimmung der Bevölkerung zu nehmen, deren Vertreter sie sind. Die britische Regierung ist der Ansicht, daß gegenwärtig keine Frage existiert, die nicht in einer für beide Regierungen befriedigenden Weise geregelt werden kann und daß der Garantievertrag zwischen beiden Ländern demnach abgeschlossen und befestigt werden kann durch ein vollständiges und dauerhaftes Einverständnis. Die letzte der in dem grundlegenden Memorandum für die Wirtschaftskonferenz im Auge gefassten Bedingungen umfaßt folgende einfache Vorbedingung für die internationale Übereinstimmung:

Alle Länder sollen gemeinsam die Verpflichtung übernehmen, sich von jedem Angriff auf ihre Nachbarn zu enthalten. Großbritannien hofft, daß die Verpflichtung von allen Nationen ohne Ausnahme erlangt werden kann. Es ist notwendig, daß die Einstellung der europäischen Nationen in zwei mächtige Lager sich nicht durch das Fortbestehen von engbrüchigen Vereinigungen auf Seiten der feindseligen Nationen oder von geheimen Neuangebungen auf Seiten der Befestigten vermindert.

Es ist notwendig, daß die seit dem Kriege durch die Entfaltung der jungen Nationen hervorgerufenen Rivalitäten nicht fortbestehen und daß diese Nationen den Weg der Zusammenarbeit und des guten Willens wählen. Es ist ebenso wesentlich notwendig, daß der Konflikt zwischen den sozialen und Wirtschaftssystemen, den die russische Revolution in so großem Maße verstärkt hat, seine Verorgnis auf Seiten der Nationen entwickelt, um schließlich in einem europäischen Krieg zu gipfeln. Wenn die in Europa durch diese neuen Rivalitäten geschaffene Gefahr nicht in tüchtiger Weise durch die Zusammenarbeit zwischen den Mächten behoben wird, kann der Friede nur von kurzer Dauer sein und Europa wird in einen neuen wilden Krieg gestürzt werden, der seine Bluttatzen ruiniert und noch größere Verzweiflung hervorruft. Es ist Sache der Mächte, denen der Krieg große Verantwortlichkeit und eine ausgebreitete Wachtbefugnis gelassen hat, gemeinsam dieser Gefahr Widerstand zu leisten und sie zu beseitigen. Großbritannien schlägt also Frankreich und Italien eine notwendige und ernste Zusammenarbeit für den Bau eines großen Systems europäischer Eintracht vor, welches unter den ersten seiner Aufgaben die Aufrechterhaltung des Friedens unter den Nationen und die Vermeidung der nationalen Rivalitäten zählt. Denn Großbritannien ist der Ansicht, daß dieses die einzige Art ist, durch die in Europa das Gefühl der Sicherheit unter den kleinen und großen Nationen erhalten wird, das es während der Jahrhunderte seiner politischen Geschichte noch nicht erreicht hat. Wenn der Unterbau der Wirtschaftskonferenz zugestimmt wird, wird diese eine Gelegenheit für die alliierten Großmächte Frankreich, Großbritannien und Italien bieten, eine Aera des Friedens auf ihrem eigenen Kontinent zu eröffnen, dessen vom Kriege verunklärte Felder die Suren einer

größeren Sicherheit tragen als die Irgend eines anderen Kontinentes in der Welt.

### Tagesgeschichte.

#### Deutsches Reich.

**Konflikt im Organisationsausschuss des Reichsverbandes.** In der vorgelagerten Sitzung des Organisationsausschusses des Reichsverbandes am 10. Januar 1922 kam es zu einem Konflikt zwischen der Verwaltung und den Gewerkschaften. Bei der Einberufung des Ausschusses eines Eisenbahnfinanzgesetzes forderten die Gewerkschaften, daß bei der Zusammenlegung des Verwaltungsrates als Vertreter des Personal nicht nur aktive Eisenbahnbedienstete, sondern auch Gewerkschaftsangehörige in Betracht kommen sollten. Als diese Forderung abgelehnt wurde, verließen die Vertreter der Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner und der Allgemeinen Eisenbahnerverbände die Sitzung. Der „D. N. B.“ zufolge ist anzunehmen, daß der Organisationsausschuss, wenn der Konflikt nicht noch irgendwie beigelegt werden könne, seine Tätigkeit einstellen wird.

**Die Lohnaufbesserung der Reichsarbeiter.** In den vorgelagerten Verhandlungen im Reichsfinanzministerium über die Aufbesserung der Löhne der Reichsarbeiter erklärten sich die Regierungsvertreter bereit, dort, wo die Reichsarbeiter schlechter bezahlt würden als die Arbeiter der Privatindustrie, Aufbesserungen durch Gewährung von Zulagen vorzunehmen. Einer allgemeinen Aufbesserung in maßigem Umfange wurde von den Vertretern der Regierung zugestimmt. — Der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ zufolge haben sich die Regierungs- und Gewerkschaftsvertreter gestern mittig grundsätzlich auf eine Stundenlohnsteigerung um 75 Pf. für Männer, 50 Pf. für Frauen und 80 Pf. für jüngere Arbeiterinnen geeinigt.

**Die nächste Sitzung des Reichstages.** Der Präsident des Reichstages hat die nächste Plenarsitzung auf Donnerstag, den 19. Januar, nachmittags 3 Uhr festgesetzt. Wann der auswärtige Ausschuss zusammentreten wird, ist noch nicht bestimmt. Die Einberufung des Reichstages zum 19. Januar ist in der Voraussetzung geschehen, daß nicht der Verlauf der internationalen Verhandlungen eine frühere Einberufung erforderlich macht. — Nach einer Meldung des „Berliner Tageblatts“ werden vor dem Zusammentreten des Reichstages am 19. Januar die einzelnen Parteien zur Lage Stellung nehmen. Am Sonnabend wird eine Sitzung des interfraktionellen Ausschusses stattfinden. Das Blatt glaubt, daß die erste Plenarsitzung des Reichstages mit einer offiziellen Regierungserklärung des Reichstanklers eröffnet werden wird. — Eine spätere Meldung besagt noch: Der auswärtige Ausschuss des Reichstages ist von dem Vorsitzenden, Abg. Dr. Stresemann, auf Mittwoch, 18. Januar berufen worden.

**Aus dem Reichsrat.** Am Donnerstagabend trat der Reichsrat unter Vorsitz des Ministers Dr. Ritter zusammen. Das Gesetz über die Erhebung einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues (Mietsteuer) vom 26. Januar 1922 setzte eine Abgabe von 5 Prozent des Aufwandes, berechnet nach der Friedensmiete, fest. Nach Ansicht der Regierung ist eine erhebliche Erhöhung dieser Abgabe notwendig. Die Reichsregierung hat vorgeschlagen, die Abgabe zu veranflichen; die Länder sollen 25 Prozent und die Gemeinden fast ebenso viel erheben dürfen. Die Ausschüsse des Reichsrates haben die Veranflichung der Mietsteuer mit zwei Veränderungen angenommen. Die Vollziehung des Reichsrates nahm die Vorlage nach dem Auslaßbeschluss mit Weiderterspruch an. — Der Reichsrat erließte hierauf noch eine Anzahl von Gesetzen für 1922. Für Preußen beauftragte Staatssekretär Köhne, den Bescheid für die Leipziger Wiese auf 7 1/2 Millionen M. herabzusetzen, dagegen für die Wiesen in Frankfurt am Main 1 Million M., Breslau und Köln je 230 000 M. und Stuttgart 250 000 M. zu bewilligen. Der Etat des Reichsarbeitsministeriums enthält unter anderem eine bedeutende Weiderterspruch der Reichsstaatskasse im Betrage von 2 1/2 Milliarden M., die durch das Reichsgesetz über Notstandsmaßnahmen zur Unterstützung von Heimeinsparnehmern aus der Invaliden- und Angestellten-

versicherung notwendig geworden sind. Für die Unterstützung notleidender Kleinrentner sind 300 Millionen M. ausgemittelt.

**Die Ausnahmeverordnung über das Uniformverbot.** Dr. B. meldet: Trotz einer halbamtlichen Berichtung vom 11. Januar 1922 hält die „Kreuzzeitung“ in ihrer Abendausgabe Nr. 18 vom gleichen Tage daran fest, daß die Ausnahmeverordnung über das Uniformverbot gleichfalls auf den Beschluß des Reichstages vom 17. Dezember 1921 durch den Reichspräsidenten am 23. Dezember 1921 aufgehoben sei. Diese Auffassung ist unrichtig. In der Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. September 1921 (Reichsgesetzblatt S. 1271) sind zusammengefaßt dem neu formulierten nur die Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. August 1921 (Reichsgesetzblatt S. 1239) und die Erlassungsverordnung vom 30. August 1921 (Reichsgesetzblatt S. 1249); § 10 der Verordnung vom 28. September 1921 ist diese beiden Verordnungen ausdrücklich außer Kraft. Von der in der Verordnung vom 28. September 1921 aufgehobenen Verordnung vom 30. August 1921 (Reichsgesetzblatt S. 1249), welche die Verordnung vom 29. August 1921 ergänzt, ist zu unterscheiden die Verordnung des Reichspräsidenten vom 30. August 1921 (Reichsgesetzblatt S. 1251), welche das Verbot des Tragens der Militäruniform zum Gegenstand hat. Diese Verordnung ist nicht in der Verordnung vom 28. September aufgehoben und von ihr auch nicht anzuheben worden. Der Beschluß des Reichstages hat sich nur auf die Aufhebung der Verordnung vom 28. September 1921 gerichtet, die dann durch die Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. Dezember 1921 (Reichsgesetzblatt S. 1644) auch aufgehoben worden ist. Die Verordnung vom 30. August 1921 (Reichsgesetzblatt S. 1251) über das Verbot des Tragens der Militäruniform ist daher noch nach wie vor in Kraft.

**Unbegünstigte Beschlüsse deutscher Regierungsdirektoren.** Der in der Presse eroberte Vorwurf, deutsche Regierungsdirektoren seien an den Belg. und Brabantenschiedungen in Ausland beteiligt, wird, wie die Telegraphen-Union erfährt, von amtlicher Seite dementiert, vielmehr soll es sich um Teilnehmer der nach Ausland entsandten Delegation für die Durchführung der Hilfsaktion gegen den Hunger, die Mitglieder des Roten Kreuzes sind, handeln. Ein Mitglied der Delegation ist verhaftet, das Handgepäck einiger anderer beschlagnahmt.

**Ein Landesfriedensbruch-Prozess in München.** Wie der „Vorwärts“ aus München meldet, ist der Führer der bayerischen nationalsozialistischen Arbeiterpartei Sittler wegen Landesfriedensbruches zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Mehrere seiner Parteigenossen, die ebenfalls angeklagt waren, erhielten Gefängnisstrafen von 3-8 Monaten. Die Verhandlung erbrachte den Beweis, daß Sittler und seine Anhänger mit militärisch organisierten Sturmtruppen in Verlamunnen eingebunden waren und Treppschlösser Art verübt hatten. So wurde u. a. ein Wehner von der Rednertribüne geworfen und blutig geflagen.

#### Schwed.

**Die Erbkaiserin Sita** ist gestern vormittag 9 Uhr in Zürich eingetroffen und im Privatspitalsanbau Baracelus abgelegt. Die Operation ihres Sohnes ist auf Sonnabend angelegt.

### Ab 15. Januar 1922

können Sie mit dem Besage des Reichs-Tageblattes beginnen. Lieber heute als morgen wollen Sie deshalb das Reichs-Tageblatt zur Lieferung ins Haus bei den Zeitungsböten oder in der Geschäftsstelle, Goethestr. 59, zur Vermittlung an diese, abgeben. Bezugspreis auf den halben Januar 1922 beim Zeitungsträger Mart 4.15.

### 2. Klasse 180. Säch. Landes-Lotterie.

Alle Nummern, welche zwischen den Grenzen 100 bis 200 000 liegen, werden, ohne Gewähr der Richtigkeit, — (Hauptstadt Chemnitz).

2. Ziehungstag vom 12. Januar 1922.

90000	Nr. 120011	J. Th. Richter, Leipzig.
90000	Nr. 68250	H. A. P. Richter, Chemnitz.
90000	Nr. 12449	H. Th. Richter, Chemnitz.
90000	Nr. 10422	Paul Richter, Leipzig.
00000	Nr. 120011	J. Th. Richter, Leipzig.
00000	Nr. 68250	H. A. P. Richter, Chemnitz.
00000	Nr. 12449	H. Th. Richter, Chemnitz.
00000	Nr. 10422	Paul Richter, Leipzig.
00000	Nr. 120011	J. Th. Richter, Leipzig.
00000	Nr. 68250	H. A. P. Richter, Chemnitz.
00000	Nr. 12449	H. Th. Richter, Chemnitz.
00000	Nr. 10422	Paul Richter, Leipzig.
00000	Nr. 120011	J. Th. Richter, Leipzig.
00000	Nr. 68250	H. A. P. Richter, Chemnitz.
00000	Nr. 12449	H. Th. Richter, Chemnitz.
00000	Nr. 10422	Paul Richter, Leipzig.
00000	Nr. 120011	J. Th. Richter, Leipzig.
00000	Nr. 68250	H. A. P. Richter, Chemnitz.
00000	Nr. 12449	H. Th. Richter, Chemnitz.
00000	Nr. 10422	Paul Richter, Leipzig.
00000	Nr. 120011	J. Th. Richter, Leipzig.
00000	Nr. 68250	H. A. P. Richter, Chemnitz.
00000	Nr. 12449	H. Th. Richter, Chemnitz.
00000	Nr. 10422	Paul Richter, Leipzig.
00000	Nr. 120011	J. Th. Richter, Leipzig.
00000	Nr. 68250	H. A. P. Richter, Chemnitz.
00000	Nr. 12449	H. Th. Richter, Chemnitz.
00000	Nr. 10422	Paul Richter, Leipzig.
00000	Nr. 120011	J. Th. Richter, Leipzig.
00000	Nr. 68250	H. A. P. Richter, Chemnitz.
00000	Nr. 12449	H. Th. Richter, Chemnitz.
00000	Nr. 10422	Paul Richter, Leipzig.
00000	Nr. 120011	J. Th. Richter, Leipzig.
00000	Nr. 68250	H. A. P. Richter, Chemnitz.
00000	Nr. 12449	H. Th. Richter, Chemnitz.
00000	Nr. 10422	Paul Richter, Leipzig.
00000	Nr. 120011	J. Th. Richter, Leipzig.
00000	Nr. 68250	H. A. P. Richter, Chemnitz.
00000	Nr. 12449	H. Th. Richter, Chemnitz.
00000	Nr. 10422	Paul Richter, Leipzig.
00000	Nr. 120011	J. Th. Richter, Leipzig.
00000	Nr. 68250	H. A. P. Richter, Chemnitz.
00000	Nr. 12449	H. Th. Richter, Chemnitz.
00000	Nr. 10422	Paul Richter, Leipzig.
00000	Nr. 120011	J. Th. Richter, Leipzig.
00000	Nr. 68250	H. A. P. Richter, Chemnitz.
00000	Nr. 12449	H. Th. Richter, Chemnitz.
00000	Nr. 10422	Paul Richter, Leipzig.
00000	Nr. 120011	J. Th. Richter, Leipzig.
00000	Nr. 68250	H. A. P. Richter, Chemnitz.
00000	Nr. 12449	H. Th. Richter, Chemnitz.
00000	Nr. 10422	Paul Richter, Leipzig.
00000	Nr. 120011	J. Th. Richter, Leipzig.
00000	Nr. 68250	H. A. P. Richter, Chemnitz.
00000	Nr. 12449	H. Th. Richter, Chemnitz.
00000	Nr. 10422	Paul Richter, Leipzig.
00000	Nr. 120011	J. Th. Richter, Leipzig.
00000	Nr. 68250	H. A. P. Richter, Chemnitz.
00000	Nr. 12449	H. Th. Richter, Chemnitz.
00000	Nr. 10422	Paul Richter, Leipzig.
00000	Nr. 120011	J. Th. Richter, Leipzig.
00000	Nr. 68250	H. A. P. Richter, Chemnitz.
00000	Nr. 12449	H. Th. Richter, Chemnitz.
00000	Nr. 10422	Paul Richter, Leipzig.
00000	Nr. 120011	J. Th. Richter, Leipzig.
00000	Nr. 68250	H. A. P. Richter, Chemnitz.
00000	Nr. 12449	H. Th. Richter, Chemnitz.
00000	Nr. 10422	Paul Richter, Leipzig.
00000	Nr. 120011	J. Th. Richter, Leipzig.
00000	Nr. 68250	H. A. P. Richter, Chemnitz.
00000	Nr. 12449	H. Th. Richter, Chemnitz.
00000	Nr. 10422	Paul Richter, Leipzig.
00000	Nr. 120011	J. Th. Richter, Leipzig.
00000	Nr. 68250	H. A. P. Richter, Chemnitz.
00000	Nr. 12449	H. Th. Richter, Chemnitz.
00000	Nr. 10422	Paul Richter, Leipzig.
00000	Nr. 120011	J. Th. Richter, Leipzig.
00000	Nr. 68250	H. A. P. Richter, Chemnitz.
00000	Nr. 12449	H. Th. Richter, Chemnitz.
00000	Nr. 10422	Paul Richter, Leipzig.
00000	Nr. 120011	J. Th. Richter, Leipzig.
00000	Nr. 68250	H. A. P. Richter, Chemnitz.
00000	Nr. 12449	H. Th. Richter, Chemnitz.
00000	Nr. 10422	Paul Richter, Leipzig.
00000	Nr. 120011	J. Th. Richter, Leipzig.
00000	Nr. 68250	H. A. P. Richter, Chemnitz.
00000	Nr. 12449	H. Th. Richter, Chemnitz.
00000	Nr. 10422	Paul Richter, Leipzig.
00000	Nr. 120011	J. Th. Richter, Leipzig.
00000	Nr. 68250	H. A. P. Richter, Chemnitz.
00000	Nr. 12449	H. Th. Richter, Chemnitz.
00000	Nr. 10422	Paul Richter, Leipzig.
00000	Nr. 120011	J. Th. Richter, Leipzig.
00000	Nr. 68250	H. A. P. Richter, Chemnitz.
00000	Nr. 12449	H. Th. Richter, Chemnitz.
00000	Nr. 10422	Paul Richter, Leipzig.
00000	Nr. 120011	J. Th. Richter, Leipzig.
00000	Nr. 68250	H. A. P. Richter, Chemnitz.
00000	Nr. 12449	H. Th. Richter, Chemnitz.
00000	Nr. 10422	Paul Richter, Leipzig.
00000	Nr. 120011	J. Th. Richter, Leipzig.
00000	Nr. 68250	H. A. P. Richter, Chemnitz.
00000	Nr. 12449	H. Th. Richter, Chemnitz.
00000	Nr. 10422	Paul Richter, Leipzig.
00000	Nr. 120011	J. Th. Richter, Leipzig.
00000	Nr. 68250	H. A. P. Richter, Chemnitz.
00000	Nr. 12449	H. Th. Richter, Chemnitz.
00000	Nr. 10422	Paul Richter, Leipzig.
00000	Nr. 120011	J. Th. Richter, Leipzig.
00000	Nr. 68250	H. A. P. Richter, Chemnitz.
00000	Nr. 12449	H. Th. Richter, Chemnitz.
00000	Nr. 10422	Paul Richter, Leipzig.
00000	Nr. 120011	J. Th. Richter, Leipzig.
00000	Nr. 68250	H. A. P. Richter, Chemnitz.
00000	Nr. 12449	H. Th. Richter, Chemnitz.
00000	Nr. 10422	Paul Richter, Leipzig.
00000	Nr. 120011	J. Th. Richter, Leipzig.
00000	Nr. 68250	H. A. P. Richter, Chemnitz.
00000	Nr. 12449	H. Th. Richter, Chemnitz.
00000	Nr. 10422	Paul Richter, Leipzig.
00000	Nr. 120011	J. Th. Richter, Leipzig.
00000	Nr. 68250	H. A. P. Richter, Chemnitz.
00000	Nr. 12449	H. Th. Richter, Chemnitz.
00000	Nr. 10422	Paul Richter, Leipzig.
00000	Nr. 120011	J. Th. Richter, Leipzig.
00000	Nr. 68250	H. A. P. Richter, Chemnitz.
00000	Nr. 12449	H. Th. Richter, Chemnitz.
00000	Nr. 10422	Paul Richter, Leipzig.
00000	Nr. 120011	J. Th. Richter, Leipzig.
00000	Nr. 68250	H. A. P. Richter, Chemnitz.
00000	Nr. 12449	H. Th. Richter, Chemnitz.
00000	Nr. 10422	Paul Richter, Leipzig.
00000	Nr. 120011	J. Th. Richter, Leipzig.
00000	Nr. 68250	H. A. P. Richter, Chemnitz.
00000	Nr. 12449	H. Th. Richter, Chemnitz.
00000	Nr. 10422	Paul Richter, Leipzig.
00000	Nr. 120011	J. Th. Richter, Leipzig.
00000	Nr. 68250	H. A. P. Richter, Chemnitz.
00000	Nr. 12449	H. Th. Richter, Chemnitz.
00000	Nr. 10422	Paul Richter, Leipzig.
00000	Nr. 120011	J. Th. Richter, Leipzig.
00000	Nr. 68250	H. A. P. Richter, Chemnitz.
00000	Nr. 12449	H. Th. Richter, Chemnitz.
00000	Nr. 10422	Paul Richter, Leipzig.
00000	Nr. 120011	J. Th. Richter, Leipzig.
00000	Nr. 68250	H. A. P. Richter, Chemnitz.
00000	Nr. 12449	H. Th. Richter, Chemnitz.
00000	Nr. 10422	Paul Richter, Leipzig.
00000	Nr. 120011	J. Th. Richter, Leipzig.
00000	Nr. 68250	H. A. P. Richter, Chemnitz.
00000	Nr. 12449	H. Th. Richter, Chemnitz.
00000	Nr. 10422	Paul Richter, Leipzig.
00000	Nr. 120011	J. Th. Richter, Leipzig.
00000	Nr. 68250	H. A. P. Richter, Chemnitz.
00000	Nr. 12449	H. Th. Richter, Chemnitz.
00000	Nr. 10422	Paul Richter, Leipzig.
00000	Nr. 120011	J. Th. Richter, Leipzig.
00000	Nr. 68250	H. A. P. Richter, Chemnitz.
00000	Nr. 12449	H. Th. Richter, Chemnitz.
00000	Nr. 10422	Paul Richter, Leipzig.
00000	Nr. 120011	J. Th. Richter, Leipzig.
00000	Nr. 68250	H. A. P. Richter, Chemnitz.
00000	Nr. 12449	H. Th. Richter, Chemnitz.
00000	Nr. 10422	Paul Richter, Leipzig.
00000	Nr. 120011	J. Th. Richter, Leipzig.
00000	Nr. 68250	H. A. P. Richter, Chemnitz.
00000	Nr. 12449	H. Th. Richter, Chemnitz.
00000	Nr. 10422	Paul Richter, Leipzig.
00000	Nr. 120011	J. Th. Richter, Leipzig.
00000	Nr. 68250	H. A. P. Richter, Chemnitz.
00000	Nr. 12449	H. Th. Richter, Chemnitz.
00000	Nr. 10422	Paul Richter, Leipzig.
00000	Nr. 120011	J. Th. Richter, Leipzig.
00000	Nr. 68250	H. A. P. Richter, Chemnitz.
00000	Nr. 12449	H. Th. Richter, Chemnitz.
00000	Nr. 10422	Paul Richter, Leipzig.
00000	Nr. 120011	J. Th. Richter, Leipzig.
00000	Nr. 68250	H. A. P. Richter, Chemnitz.
00000	Nr. 12449	H. Th. Richter, Chemnitz.
00000	Nr. 10422	Paul Richter, Leipzig.
00000	Nr. 120011	J. Th. Richter, Leipzig.
00000	Nr. 68250	H. A. P. Richter, Chemnitz.
00000	Nr. 12449	H. Th. Richter, Chemnitz.
00000	Nr. 10422	Paul Richter, Leipzig.
00000	Nr. 120011	J. Th. Richter, Leipzig.
00000	Nr. 68250	H. A. P. Richter, Chemnitz.
00000	Nr. 12449	H. Th. Richter, Chemnitz.
00000	Nr. 10422	Paul Richter, Leipzig.
00000	Nr. 120011	J. Th. Richter, Leipzig.
00000	Nr. 68250	H. A. P. Richter, Chemnitz.
00000	Nr. 12449	H. Th. Richter, Chemnitz.
00000	Nr. 10422	Paul Richter, Leipzig.
00000	Nr. 120011	J. Th. Richter, Leipzig.
00000	Nr. 68250	H. A. P. Richter, Chemnitz.
00000	Nr. 12449	H. Th. Richter, Chemnitz.
00000	Nr. 10422	Paul Richter, Leipzig.
00000	Nr. 120011	J. Th. Richter, Leipzig.
00000	Nr. 68250	H. A. P. Richter, Chemnitz.
00000	Nr. 12449	H. Th. Richter, Chemnitz.
00000	Nr. 10422	Paul Richter, Leipzig.
00000	Nr. 120011	J. Th. Richter, Leipzig.
00000	Nr. 68250	H. A. P. Richter, Chemnitz.
00000	Nr. 12449	H. Th. Richter, Chemnitz.
00000	Nr. 10422	Paul Richter, Leipzig